„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zeil einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zeile einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zeile einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Zur Einwanderungsfrage

6.

In den letzten Jahren gingen die Meinungen über die Erwünschtheit einer stärkeren Einwanderung nach Canada weit auseinander.

Die einen waren entschiedene Gegner derselben und machten ihrem Herzen mitunter in sehr lebhafter Weise Luft. Sie meinten, man sollte die Zahl der Arbeitslosen während der Wintermonate nicht noch vermehren. Solche Stimmen wurden namentlich in Arbeiterkreisen laut, welche eine verschärfte Konkurrenz von den Einwanderern befürchteten.

Andere, die bei jeder Gelegenheit britischer als die Briten sind, drückten sich vorsichtig dahin aus, man möge nur solche Immigranten zulassen, welche die Gewähr der baldigen Assimilierung bieten würden. Sie hegten und hegen im Stillen immer die geheime Furcht, es könnten vielleicht Leute ins Land kommen, die nicht so kniefschwach und rückgratlos sind, daß sie mit einem Schlage auf die sprachlichen und kulturellen Güter ihrer Heimat verzichten. Wieder andere gingen sogar noch weiter und forderten offen den Ausschluß gewisser Nationalitäten, damit die „britischen Inititutionen" Canadas nicht gefährdet werden. Sehr häufig wurde auch der Ausdruck von der „rechten Sorte Leute" gebraucht, worunter man sich natürlich Verschiedenes vorstellen konn, worunter aber die um den englischen Einfluß ängstlich besorgten Gemüter nur waschechte Briten verstanden wissen wollten. Wieder andere erklärten in Parlamenten und Zeitungen mit dem unschuldigsten Gesichte der Welt, man brauche eine starke Einwanderung, damit die canadische Kriegsschuld nicht zu hart auf den canadischen Schultern laste, sondern auf mehr Steuerzahler verteilt werde. Daß man damit keine Einwanderungspropaganda betreiben, sondern nur vorsichtige Leute abschrecken kann, hätte gewissen übereifrigen Politikern von vornherein klar sein müssen.

Am vernünftigsten urteilten jene, welche mit dem Auge der wirtschaftlichen Vernunft die gegenwärtige Lage und die Zukunftsmöglichkeiten Canadas betrachten und dabei zu dem Schlusse kamen: **Canada muß sich darum bemühen, jeden für die Farmwirtschaft brauchbaren Mann mit den nötigen geistigen und gesundheitlichen Qualitäten zur Einwanderung in dieses Land zu bewegen, ohne Rücksicht auf die Nationalität des Einwanderers.**

Zu unserer Freude können wir heute feststellen, daß dieser Standpunkt, für den auch wir stets eintraten, sich durchgesetzt hat. Die heurige Einwanderung, die bereits in vollem Zuge ist, beweist, daß die kleinlichen Bedenken und die lächerlichen Befürchtungen der letzten Jahre über Bord geworfen sind. Canada öffnet bereitwillig seine Tore jedem, der mit Kraft und Mut sich zu einer selbständigen Existenz auf eigener Farm durchzuringen sucht. Wir dürfen überzeugt sein, daß diese Einwanderungspolitik, wenn sie in gleichem Tempo, wie begonnen, fortgesetzt wird, unserem Lande zu einer neuen Blüte verhelfen wird.

Doch die Einwanderung bedarf auch der verständnisvollen Mitarbeit aller bereits in Canada ansässigen Leute. Der Einwanderer kommt entweder mit zu hochgeschraubten Hoffnungen oder mit einem gewissen Bangen hierher. Nur verhältnismäßig wenige betreten dieses Land mit klarem Blick für seine wirklichen Verhältnisse. Daraus erwächst nun den Farmern, vor allem auch unseren deutschsprechenden Farmern, eine besondere Aufgabe. Wir nehmen an, daß unsere Farmerfreunde Einwanderer ihrer eigenen Sprache allen anderen vorziehen. Unser Bestreben sollte überhaupt stets darauf gerichtet sein, die neuen deutschsprechenden Leute nur in solchen Ansiedlungen unterzubringen, wo sie mit Menschen ihrer Religion und ihrer Sprache zusammenleben können. Dafür sind sehr gute Gründe vorhanden, die hier nicht näher erörtert zu werden brauchen. Gewiß haben nun die Einwanderer auch ihre Schwächen und Fehler wie alle Menschen. Aber sie können doch auf eine menschenwürdige Behandlung Anspruch erheben. Sie sollen in ihrem Arbeitgeber nicht nur den „Boß", sondern auch einen aufrichtigen Freund und Berater kennenlernen, der ihnen den Weg zu einer besseren Zukunft erschließt. So gewinnen wir zufriedene Einwanderer, welche mit der Zeit wertvolle Glieder unserer Gemeinden werden und zu einer Erstarkung unseres Einflusses in diesem Lande beitragen können. **Dieses Ziel sollten wir nie aus dem Auge verlieren,** wenn uns auch manchmal eine Enttäuschung zuteil wird. Geben wir den deutschsprechenden Einwanderern ferner unsere deutsche Zeitung, den „Courier", in die Hand und empfehlen wir ihnen dieses Blatt als unentbehrliches Mittel zum Einleben in die neuen Verhältnisse, so werden sie mit der Zeit tüchtige Bürger dieses Landes, die über ihren wirtschaftlichen Mühen und Sorgen auch ihr Volkstum und ihre Muttersprache nicht vergessen.

Deutsche Sprache als Pflichtfach in slowenischen Bürgerschulen

Nach einer Verordnung des jugoslawischen Unterrichtsministers Stefan Raditsch wird in der ersten und zweiten Klasse der Bürgerschulen in ganz Slowenien die deutsche Sprache als Pflichtfach sofort eingeführt. Mit Beginn des nächsten Schuljahres wird sich diese Verordnung auch auf die dritte und vierte Klasse der Bürgerschulen erstrecken.

Trotz dieser Verordnung des jugoslawischen Unterrichtsministers, die sehr zu begrüßen ist, scheint es aber doch noch manche Fanatiker unter den Lehrkräften zu geben, wie folgende Begebenheit beweist, welche das Neusatzer „Deutsche Volksblatt" aus dem reindeutschen Stockendorf berichtet:

„Die slowenische Lehrerin des Dorfes verbot den deutschen Kindern den Gebrauch ihrer Mundart in der Schule und machte dieses Verbot sogar zum Gegenstand einer Schulaufgabe, die lautete: „In der Schule darf man nur slowenisch sprechen." Daraufhin schrieb einer der Schulbuben das Gegenteil nieder: „In der Schule darf man nur Deutsch lernen." Natürlich wurde er wegen dieser Widerspenstigkeit bestraft. Das ließen sich jedoch seine Klassengenossen nicht gefallen, und es brach eine offene Rebellion der Kinder aus, die sich, Knaben und Mädchen gemeinsam, auf die Lehrerin stürzten und sie mit ihren Linealen und Federschachteln verprügelten. Die Lehrerin ergriff die Flucht, und der Unterricht war damit zu Ende."

Die kleine Geschichte zeigt aufs deutlichste, wohin die Unterdrückung des deutschen Schulunterrichts in Slowenien begreiflicherweise führen muß.

„Waffenhunger" in Europa

Die Londoner „Weekly Dispatch" stellt den Waffenhunger Europas als ungeheuer dar. Sie sagt, daß Rußland seit einiger Zeit große Mengen Gewehre aufgekauft habe, welche sofort nach Empfang nach Persien und China verschifft wurden, und daß es noch mehr wünsche. Weiter wurde in der Zeitung erklärt, daß Griechenland und Italien 200,000 Gewehre bestellt haben; daß Jugoslawien versuche, 400,000 Gewehre zu erlangen, und daß Finnland, Litauen, Polen, Rumänien und andere Balkanstaaten angestrengte Versuche machen, ihren Bedarf zu decken. Waffenfabriken würden mit Bestellungen überflutet, und „geheime deutsche Lager von Kriegsmaterialien", welche in nahegelegenen Ländern verborgen seien, würden zu Engrospreisen verkauft und so schnell wie möglich nach China und der Türkei versandt. Die Zeitung fügt hinzu, daß beständig Versuche gemacht worden seien, in England Bestellungen unterzubringen, die jedoch alle fehlgeschlagen seien.

Die englische Admiralität veröffentlicht ein Blaubuch über den Stand der Kriegsmarinen der Weltmächte. Den mitgeteilten Daten zufolge verfügen die sieben stärksten Flottenmächte insgesamt über 1938 Einheiten. Hiervon haben: die Vereinigten Staaten 543, England 444, Italien 247, Japan 222, Frankreich 219, Rußland 178, Deutschland 87 Einheiten. Gebaut werden, beziehungsweise geplant sind in Frankreich 127, in Japan 62, in Italien 55, in den Ver. Staaten 36, in England 32 Kriegsschiffe aller Art.

Hindenburg in Köln

Die Befreiung der Stadt Köln von der siebenjährigen Besatzung durch die Engländer schien dem Volke nicht vollständig zu sein, als bis Reichspräsident von Hindenburg unter dem Jubel von Hunderttausenden der Bevölkerung seinen feierlichen Einzug hielt.

Der Präsident begab sich zuerst zum Rathaus, wo er seinen Namen in das „Goldene Buch der Stadt Köln" eintrug und fuhr dann nach der Ausstellungshalle, wo er nach der Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters an ungefähr 40,000 Personen eine Ansprache hielt. Er sagte unter anderem:

„Ich nehme die Ehre Ihrer herzlichen Begrüßung nicht für mich selbst, sondern als ein Zeichen Ihrer Treue zum Reich an und als einen Ausdruck Ihrer Freude über die wiederhergestellte Freiheit, die heute auch von den Vertretern aller anderen Bundesstaaten gefeiert wird. Denn für uns alle symbolisiert der Rhein die ereignisreiche Geschichte Deutschlands. Hier wurden die deutschen Könige und Kaiser erwählt und gekrönt. Die schweren Prüfungen, die deutschen Männern und Frauen in den letzten Jahren auferlegt wurden, haben den Beweis erbracht, daß Deutschlands Mission noch nicht erfüllt und daß es vom Schicksal nicht zur Vernichtung bestimmt ist."

Vor seiner Abreise von Köln, steuerte Reichspräsident von Hindenburg zu dem Fond zur Wiederherstellung und Erhaltung des herrlichen Doms 100,000 Mark bei.

Weltumschau

Deutschland.

Der Reichstag hat die von der Reichsregierung in Genf beobachtete Haltung ohne namentliche Abstimmung gebilligt. Die von den Mehrheitsparteien verfaßte und von der Mehrheit des Hauses angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und die Haltung der deutschen Delegaten in Genf. Er bedauert den Ausgang der Genfer Unterhandlungen, die mit den gerechtfertigten deutschen Erwartungen nicht übereinstimmen. Der Reichstag erwartet, daß die Regierung sich bemühen werde, so rasch als angängig Garantien zu erhalten, daß die in Locarno gemachten Versprechungen, besonders jene, die sich auf die noch besetzten Gebiete beziehen, im Einklang mit den gerechten Forderungen Deutschlands ehestens erfüllt werden und dadurch das vor Deutschlands Eintritt in die Liga in Genf getroffene Abkommen über die Aufrechterhaltung und Fortdauer der Politik von Locarno wirksam gemacht werde."

Vor der Annahme dieser Resolution wurde ein Antrag der deutschnationalen Partei, der Regierung das Mißtrauen des Reichstages auszudrücken und das Gesuch Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund zurückzuziehen, mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmung war zu keiner Zeit im Zweifel gewesen, da nicht nur die vier Regierungsparteien, sondern auch die Sozialdemokraten erklärt hatten, mit der Haltung der Regierung bei den Genfer Verhandlungen vollständig einverstanden zu sein. Die Mehrheit des Reichstages hat auch den Vorbehalt der Regierung hinsichtlich deren ferneren Haltung zur Liga gebilligt, insbesondere das Recht der Reichsregierung, die Bewerbung um die Mitgliedschaft im Völkerbund zurückzuziehen, falls die mit der Aufgabe der Reorganisation des Ligarates betraute Spezialkommission eine Entscheidung fällen sollte, die dem deutschen Standpunkt nicht entsprechen würde.

Namens der Demokraten gab der frühere deutsche Botschafter in Washington, Graf von Bernstorff, folgende Erklärung ab:

„Ich betrachte den Völkerbund nicht blos als ein notwendiges Werkzeug zur Herstellung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens, sondern auch als wesentlich notwendig, um die politischen Ziele Deutschlands zu fördern. Solange Großbritannien ein aktives Mitglied der Liga ist, wird es ein aktives Interesse an der kontinentalen Politik haben. Wenn aber der Völkerbund in die Brüche gehen sollte, könnten wir davon Zeuge sein, daß England sich von einem balkanisierten Europa ganz lossagt und zu seiner asiatischen Politik zurückkehrt."

Großadmiral von Tirpitz, der im Reichstag als nationaler Abgeordneter seine Jungfernrede hielt, wurde, als er das Wort ergriff, von den Abgeordneten der Linksparteien ausgezischt. Er verlas eine sorgfältig vorbereitete Rede, in der er die Außenpolitik der Regierung kritisierte und sagte, daß das Ansehen Deutschlands in der Welt nur durch die Zurückziehung des Gesuches um Aufnahme in den Völkerbund wiederhergestellt werden könnte. Von Tirpitz befürwortete, daß Deutschland dem Völkerbund gegenüber eine ähnliche Stellung einnehme wie die Vereinigten Staaten. Unter Bezugnahme auf Aeußerungen des Botschafters Houghton über die europäischen Verhältnisse erklärte von Tirpitz, Deutschland wäre vollauf gerechtfertigt, den europäischen Mächten gegenüber dieselbe Haltung zu beobachten, wie es die Vereinigten Staaten tun.

Der gesamte Handel Deutschlands im Jahre 1925 übertraf den von 1924 um 30 Prozent, dagegen ist Deutschlands Anteil am Welthandel immer noch nur 8½ Prozent gegen 13 Prozent im Jahr 1913. Diese Daten wurden von Reichswirtschaftsminister Professor Julius Curtius vor dem Reichstag in einer Rede zur Begründung des Budgets seines Ministeriums gegeben. Er erklärte, Deutschlands Ausfuhrhandel werde durch die hohen Zollsätze, durch scharfe Konkurrenz billiger Waren und durch Staatssubsidien auswärtiger Länder schwer geschädigt. Er hoffe, der Generalagent der Reparationszahlungen werde seinen ganzen moralischen und politischen Einfluß aufbieten, um die Gläubigernationen zu bewegen, Deutschlands Ausfuhr etwas geneigter zu absorbieren als seither, da anderweitig die grundlegenden Bedingungen zur Erfüllung des Dawesplanes nicht länger vorhanden sein würden. „Die Reichsregierung", fuhr der Minister fort, „ist entschlossen, die unter dem Londoner Uebereinkommen übernommenen Verpflichtungen in loyaler Weise einzulösen, soweit dessen Durchführung nicht Forderungen in sich begreift, die mit den grundlegenden Prinzipien des Dawesplans unvereinbar wären. Diese Prinzipien sichern dem deutschen Volk einen angemessenen Lebensunterhalt, erträgliche Steuerlasten und hinreichende Mittel zur Durchführung der inneren Verwaltung zu." Die weiteren Aussichten auf Durchführung des Dawesplans besprechend, erklärte Professor Curtius, es sei immer noch zu früh, den schließlichen Druck einzuschätzen, welchen die Erfüllung des Londoner Abkommens auf die deutsche Wirtschaft ausüben müsse, da die Maximalzahlungen noch nicht in Wirksamkeit seien. Er glaube, daß eine sorgfältige Einschätzung der deutschen Produktionsfähigkeit in allen Zweigen und die Feststellung der äußersten Grenze der Ausdehnungsmöglichkeit des deutschen Ausfuhrhandels dazu beitragen würden, Klarheit über dieses Problem zu schaffen. Wenn er auch glaube, daß eine direkte Gefahr der deutschen sozialen Zustände als Folge der Durchführung des Dawesplans noch nicht vorliege, so seien trotzdem Gründe für die Befürchtung vorhanden, daß seine schließliche Durchführung Gefahrenkeime für das soziale Wohlergehen des deutschen Volkes in sich berge.

Saargebiet.

Eine Pariser Meldung, die deutsche Abordnung in Genf habe im Verlauf der dortigen Völkerbundsitzung die Zusage einer baldigen Räumung des Saargebietes seitens der dort stationierten französischen Truppen erhalten, hat hier große Freude und gespannte Erwartung hervorgerufen. Man sieht hier einen inneren Zusammenhang zwischen dieser Zusage und der vom Völkerbundrat soeben vorgenommenen Ernennung des canadischen Majors George Washington Stephens zum Vorsitzenden der Regierungskommission des Saargebiets an Stelle des Franzosen Victor Raoult. Der letztere hatte sich durch die Eigenmächtigkeit und Willkür seines Verhaltens bei der Saarbevölkerung äußerst verhaßt gemacht, war indessen vom Völkerbundrat, in dessen Namen die Kommission regiert, immer wieder von neuem ernannt worden.

Schweiz.

Die ganze Schweiz ist begierig auszufinden, ob unbestätigte Nachrichten, daß der frühere deutsche Kronprinz, der kürzlich in der Nähe von Locarno eine Villa mietete, in Unterhandlungen für den Ankauf des Schlosses von Trevano bei Lugano als Wohnsitz für seinen Vater, den früheren Kaiser, auf Wahrheit beruhen. Für die Verlegung seines Wohnsitzes von Doorn in Holland nach der Schweiz müßte die Einwilligung der großen Mächte und auch der Schweizer Regierung eingeholt werden. In Schweizer Kreisen zweifelt man, daß die Berner Regierung der Absicht des Kaisers günstig entgegensehen wird. In den Schweizern ist noch die Erinnerung an die Verwicklungen wach, die erfolgten, nachdem Kaiser Karl von Oesterreich, als er nach dem Kriege in der Schweiz Zuflucht genommen hatte, in einem Flugzeuge nach Ungarn zurückkehrte, um seinen Thron zurückzugewinnen. Auf der anderen Seite glaubt man in militärischen Kreisen der Schweiz, daß man dem Kaiser wahrscheinlich eine Unterkunft gewähren würde, da das Gefühl der Schweizer im allgemeinen für Deutschland günstig sei. Die Hotels, welche ein machtvolles Wort mitreden können, werden jedenfalls auch die Zulassung des Kaisers wegen des Aufschwungs, den das Touristengeschäft nehmen würde, befürworten.

Rumänien.

In rumänischen Kreisen verlautet, die britische Regierung habe dem abgedankten Kronprinzen Carol zu verstehen gegeben, sie würde es nicht gern sehen, wenn er seinen ständigen Wohnsitz in England aufschlagen würde, und habe die rumänische Regierung hiervon verständigt. Ueber den Grund dieser ablehnenden Haltung ist nichts bekannt.

Rußland.

Der Oberste Wirtschaftsrat der Sowjetunion hat in Durchführung des von ihm angenommenen Programms der Einschränkung der Regierungsausgaben die Schließung vieler Fabriken in Räterußland auf die Dauer von sechs Wochen bis zu zwei Monaten angenommen. Die Textil-, Wolle- und Leder-Industrien werden durch diese Anordnung, die die Entlassung vieler Arbeiter und die Verminderung des Beamtenpersonals bedingt, am schwersten betroffen.

Der Oberste Wirtschaftsrat hat auch vorgeschlagen, die Löhne in gewissen Fabriken um 50 Prozent herabzusetzen, weil diese nicht imstande seien, Waren herzustellen, die auf den einheimischen Märkten verkauft werden können.

Der Präsident des Rates der Volkskommissare, Alexis J. Rykow, erklärte in der Delegatenversammlung der Gewerkschaften in Leningrad, daß die Regierung, die mit Petitionen der Unionen um Lohnerhöhungen überschwemmt werde, nicht vor höchsten Herbst an eine Aufbesserung der Löhne denken könne. Alles hänge davon ab, ob die Regierung im kommenden Herbst imstande sein werde, von den Bauern Getreide zur Ausfuhr zu erhalten. Die Tatsache, daß die Regierung im vorigen Herbst kein Getreide exportieren konnte, sei die Ursache gewesen, daß die Kaufkraft des Rubels seither so stark zurückging. Rykow sagte ferner: „Da die Regierung auf große Getreideexporte rechnete und in ihren Erwartungen getäuscht wurde, hat sie im Ausland große Mengen fabrizierter Waren auf kurzen Kredit kaufen und selbst einen Teil der Goldreserve exportieren müssen, um die Zahlungen einhalten zu können. Sie sei daher jetzt genötigt, die Ausgaben für die staatlichen Industrien zu vermindern. Die Erhöhung des Papierumlaufes müsse aufhören und die Fabriken müssen ihre Produktion erhöhen." Rykow schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß die Aussichten für die russische Industrie sehr ungünstig seien und daß eine Wendung zum Bessern nur von einer guten Getreideernte erwartet werden könne.

Die Behörden in Charkow sind einem Schmuggel mit Edelsteinen und anderen Wertsachen zwischen Leningrad, Moskau und anderen großen Städten Räterußlands auf die Spur gekommen. Es wurde festgestellt, daß geschlachtete Gänse und Hühner, die anscheinend nach Märkten geschickt wurden, mit Juwelen und anderen wertvollen Sachen ausgestopft waren. Bisher wurden 18 Schmuggler verhaftet.

Nach einem Telegramm von Nuja im Lenatal in Sibirien ist von einer aus sechs Männern bestehenden Jagdgesellschaft, die von Bären überfallen wurde, nur ein Mann in schwer verletztem Zustande entkommen. Er langte in Nuja ganz erschöpft an und war kaum imstande, von dem traurigen Schicksal seiner Gefährten zu erzählen, bevor er in Bewußtlosigkeit verfiel.

Großbritannien.

Dem britischen Außensekretär, Sir Austen Chamberlain, wurde vom Unterhaus das Vertrauen ausgedrückt, indem der Antrag des früheren Premiers Lloyd George, das Budget des Außenamts zu beschneiden, mit 325 gegen 136 Stimmen abgelehnt wurde. Die Debatte wurde von Lloyd George eröffnet, der den Antrag stellte, im Hinblick auf die jüngsten Vorgänge in Genf und auf die Handlungsweise des britischen Außensekretärs die vom Außenamt veranschlagten Auslagen für das nächste Fiskaljahr zu verringern. Der frühere Ministerpräsident sagte, seine Kritik sei zweifacher Natur. Erstens erkläre er, daß die Signatarmächte der in Locarno getroffenen Vereinbarungen für den Fehlschlag der Unterhandlungen in Genf verantwortlich seien, und zweitens behaupte er, daß dieser Mißerfolg die Friedensmaschinerie derart beschädigte, daß viele der besten Freunde des Außensekretärs Chamberlain an der weiteren Leistungsfähigkeit dieser Maschinerie zweifeln. Lloyd George meinte, daß die Debatte im Washingtoner Bundessenat über europäische Probleme eine sehr unangenehme Lektüre bildete. Alle hätten gehofft, daß Amerika sich dem Völkerbund anschließen werde, da sein Eintritt der Liga zu einem vollständigen Erfolg verholfen hätte. Jetzt bestehe aber kein Zweifel darüber, daß das, was in Genf geschehen sei, die Gegnerschaft Amerikas in einer Weise erregte, wie nichts zuvor seit langer Zeit. Das Haus habe das Recht, zu erfahren, ob der Außensekretär wußte, daß es die Absicht Frankreichs und Polens war, auf der Zuweisung eines Sitzes im Ligarat gleichzeitig mit der Zulassung Deutschlands zu bestehen. Schweden habe in Genf in mutiger Weise den Standpunkt vertreten, den die öffentliche Meinung in England billigte, aber der schwedische Außenminister Unden sei als halsstarrig, unversöhnlich und deutschfreundlich bezeichnet worden, obgleich er mehr als irgend ein anderer Mann durch seinen Kampf und sein aufsehenerregendes Angebot zur Rettung der Liga beitrug.

Sir Austen Chamberlain verteidigte dann die von ihm in Genf befolgte Politik. Er warf Lloyd George vor, daß dieser die Rückkehr Sir Austens aus Genf nicht abwartete, bevor er der amerikanischen Presse kabelte, daß er die Handlungsweise des Sekretärs verurteile. Sir Austen bestritt entschieden, daß er in Paris irgendwelche Abmachungen mit Briand trat, um Polens Anspruch auf einen Ligasitz zu unterstützen. Auch habe er Briand in dieser Hinsicht nicht ermutigt. Sir Austen meinte, es sei sonderbar, daß ihm von einem Landsmann ein illoyales Verhalten in Locarno Deutschland gegenüber vorgeworfen worden, während die Deutschen selbst eine solche Beschuldigung nicht erhoben haben. Lloyd George habe durch Artikel, die er in der amerikanischen Presse veröffentlichte, seinen Teil dazu beigetragen, daß jetzt in Amerika sich ein Mißtrauen gegen Europa rege.

Hierauf ergriff der frühere Ministerpräsident der Arbeiterregierung, Ramsay MacDonald, das Wort und erklärte, daß die Haltung des Außensekretärs in Genf den bedauerlichsten Mißerfolg der britischen Diplomatie zur Folge hatte, den diese seit vielen Jahren erlebte. Großbritannien sei in eine Diplomatie verwickelt worden, die den Prinzipien der Liga gegenüber feindlich sei und Genf in Verwirrung und Trauer versetzt habe, während in Europa jetzt ein Zynismus herrsche wie nie zuvor seit dem Kriege. Schließlich hätten sich Sir Austen und dessen Verbündeten an Brasiliens Einwand, daß es gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Ratssitz erhalten müsse, wie ein Ertrinkender an einen Strohhalm geklammert und hätten dann erklärt, daß Locarno unberührt geblieben sei."

Spanien.

Die spanische Regierung hat neun Rechtsanwälte, die dem Direktorium der Advokatenkammer angehörten, wegen des gesetzlich verbotenen Gebrauchs der katalonischen Sprache im Amtsverkehr nach entlegenen Teilen Spaniens verbannt. Die Bürgermeister der Ortschaften in denen die Gemaßregelten bis auf weiteres zwangsweisen Aufenthalt nehmen müssen, wurden von dem Zivilgouverneur verständigt, daß sie für die Sicherheit der Verbannten verantwortlich gehalten werden.

Infolge des kürzlichen Wiederauflebens der Agitation für die Autonomie der Provinz Katalonien wurde in einem königlichen Dekret jenen Personen, die schuldig befunden werden, im öffentlichen Verkehr sich einer anderen als der spanischen Sprache zu bedienen, schwere Strafen angedroht. In den letzten Wochen wurden auch zwei Schulen — eine in Barcelona, die andere in Valencia — geschlossen, weil den Schülern angeblich antipatriotische Instruktionen gegeben wurden. Die Schulleiter wurden verhaftet.

Argentinien.

Der argentinische Außenminister Gallarde erklärt, Argentinien werde nicht in der Lage sein, sich an den Arbeiten der beim Völkerbundrat zum Studium der Rekonstruktion des Rates eingesetzten Spezialkommission zu beteiligen, wenn nicht vorher die Frage des Verhältnisses Argentiniens zur Liga geklärt werde. Argentinien hat, nachdem es die Politik der Liga kritisiert hatte, seit 1924 keine Vollversammlung beschickt.

Syrien.

In den Reihen der aufständischen Syrier, welche die Herrschaft der Franzosen bekämpfen, erschienen Frauen-Bataillone. Zwei Bataillone von Araberinnen werden jetzt ausgebildet. An einem kürzlichen Gefecht nahe Damaskus nahmen Frauen-Abteilungen teil. Die Anwerbung von Frauen soll weiter gehen.

Vom Völkerbund.

Der Text eines Briefes, der eine letzte Aufforderung an Sowjetrußland vonseiten des Ligarates darstellt, sich an den Vorstudien für die Abrüstungspläne in Genf zu beteiligen, wurde bekannt gemacht. Der Brief zeigt, daß der Rat die Stellung der Schweizer Regierung vertritt, wonach Moskau keine andere Behandlung erwarten dürfe, wie die, welche den Vertretern der übrigen eingeladenen Länder gewährt wird. Der Brief weist darauf hin, daß die Schweiz den Sowjet-Delegaten jede mögliche Schutzmaßnahme versprochen habe, wodurch die Befürchtungen beseitigt geschafft wurden, daß Genf der Schauplatz von Vorfällen werden könnte, wie sie sich im Jahre 1923 ereigneten, als Wenzel Worowski ermordet wurde. Weiter wird in dem Briefe erklärt, daß russische Militär-, Marine- und Flugzeug-Experten auf gleicher Stufe mit den Mitgliedern des ständigen Militärkomitees der Liga stehen würden, und schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß Rußlands früher geäußerter Wunsch, an der Verringerung der Rüstungslasten der Welt mitzuarbeiten, einen praktischen Ausdruck erhalten möge, indem die Regierung sich entschließt, Vertreter für die Vorbereitungskommission nach Genf zu entsenden, welche ihre Sitzungen in der dritten Woche im Mai beginnen wird.

Zarenpaläste zu verkaufen

Leningrad, 20. März. — Verschiedene unbewohnte Paläste in Leningrad, einst Eigentum des Kaisers oder von Mitgliedern seiner Familie, werden an Ausländer verkauft oder auf 25 bis 50 Jahre vermietet. Die einzige Bedingung ist, daß der Käufer oder Mieter die nötigen Ausbesserungen vornimmt und der Regierung die üblichen Steuern zahlt.

Einer der kleineren Paläste ist jener, welchen Alexander der Zweite seiner morganatischen Gattin, Fürstin Youryevskaya, als eine Hochzeitsgabe schenkte. Dieses Gebäude war seinerzeit eines **der schönsten in Leningrad.** Nach der Nationalisierung des Eigentums im Jahre 1918 wurde der Palast nicht mehr benützt. Der ganze Bau bedarf jetzt der Erneuerung.

Französischer Minister als Landesverräter beschimpft

Paris, 20. März. — Die Deputiertenkammer sprach dem neuen Kabinett von Aristide Briand mit einer Mehrheit von fast 200 Stimmen ihr Vertrauen aus. **Das geschah jedoch** unter so dramatischen Umständen, daß es zweifelhaft erscheint, ob die Kammer wirklich beabsichtigte, die Erklärung des Ministeriums gutzuheißen. Die Abstimmung ergab 361 zu 164.

Louis Malvy, der Minister des Innern, wurde von den Konservativen heftig angegriffen, welche in Erinnerung brachten, daß er im Jahre 1918 wegen Landesverrats verfolgt wurde. Er brach am Ministertische ohnmächtig zusammen und mußte aus der Kammer getragen werden, während die Sozialisten und Kommunisten sich wutentbrannt erhoben und drohten, sich auf die Deputierten der Rechten zu stürzen.

Als Briand die Rednerbühne verließ, wurde er zum ersten Male in seiner parlamentarischen Laufbahn von Mitgliedern der gemäßigten und konservativen Parteien ausgepfiffen.

— Es ist eine falsche Behauptung, Gleichheit sei ein Naturgesetz. Die Natur kennt keine Gleichheit, ihr maßgebendes Gesetz heißt Gehorsam und Abhängigkeit.

Je reicher deiner Jugend Seligkeiten,
Je mehr dich Zeit und Raum von ihnen trennt,
Je voller rauschen deines Herzens Saiten,
Wenn einer deine Heimat nennt!

— Alle Gesetze sind eigentlich geschaffen zur Lahmlegung und Schwächung der Starken und Kühnen, geschaffen vonden Schwachen und Alten und Kraftlosen. Je mehr Gesetze ein Volk hat, desto schwächer und — unselbständiger ist es.

Erstklassige Farmen
in ausgezeichneten Distrikten
Wir haben eine vollständige Liste von verbesserten und unverbesserten Farmen zum Verkauf oder Tausch. Wir können Preise quotieren an ausgerüstete Farmen, die zu mäßigen Preisen gekauft werden können, gerade wie sie stehen.
FRANK R. LOGAN & COMPANY LIMITED
Versicherungs- und Finanz-Agenten.
Phones 2631—32. Westman Chambers, Regina.

Hamburg Amerika Linie (Hapag)
Schiffskarten — von und nach Europa. Direkte Fahrt von und nach Hamburg. Reelle deutsche Bedienung. Moderne neue Schiffe mit neuesten Sicherheits-Einrichtungen. Einreise-Erlaubnis jetzt leicht zu erhalten.
Geldsendungen — per Post, Kabel oder Anweisung unter Garantie in Dollars od. Landeswährung. Erleichterung Reisepässe, Vollmacht, Collection, Testamente, Agreements, Besitztitel usw. werden reell und prompt verfertigt, beglaubigt an zutreffenden Orten legalisiert und registriert.
J. G. Kimmel, deutscher Notar, über 20 Jahre am Platz, mit weitgehender Erfahrung, wird gerne alle weitere Auskunft gratis erteilen.
Man wende sich persönlich oder schriftlich in eigener Sprache an
J. G. KIMMEL
General Passagier-Agent für Canada.
United American Lines — Hamburg-America Line
656 Main Street, Winnipeg, Man.